

HERAUSGEPICKT

Rauchen im Bierzelt

In bayerischen Bierzelten darf ab sofort wieder geraucht werden. Nach dreistündiger kontroverser Debatte hat die CSU-Fraktion dies gestern beschlossen. Als Begründung nannte Beckstein Sicherheitsbedenken von Feuerwehr und Polizei für das Münchner Oktoberfest. CSU-Abgeordnete warfen CSU-Chef Erwin Huber einen Zickzackkurs vor, der die Glaubwürdigkeit der Partei in Zweifel ziehe. Teilnehmer berichteten von «deutlicher Kritik daran, wie das gelaufen ist». Huber hatte sofort nach den Verlusten bei den bayerischen Kommunalwahlen vom 2. März eine Lockerung des Raucherschutzes in Aussicht gestellt. «Die Diskussion hat sich dann verselbständigt», räumte er ein. **ap**

Eliot Spitzer

Doch Rücktritt nach Sexskandal



ap. Der New Yorker Gouverneur Eliot Spitzer (Bild) ist über einen Sexskandal gestürzt, der in den USA hohe Wellen schlägt. Zwei Tage nach Bekanntwerden der ersten

Vorwürfe wegen Kontakten zu einem Call-Girl-Ring räumte der 48-jährige Familienvater gestern an der Seite seiner Frau «privates Versagen» ein und erklärte seinen Rücktritt.

Nach Informationen aus Ermittlungskreisen zahlte der Politiker der Demokraten mehrere tausend Dollar für eine Nacht mit einem Call-Girl. Dazu mietete er im Februar zwei Räume im Mayflower-Hotel in Washington. FBI-Agenten hatten Spitzer schon zuvor überwacht und in ihren Berichten als «Client 9» (Kunde Nummer 9) geführt. Bezahlter Sex wird in Washington als Straftat verfolgt.

Bei seiner Familie entschuldigt

An der Seite seiner Frau Silda sagte Spitzer: «Ich gehe nach vorn mit der Überzeugung, dass unser grösster Ruhm als Menschen nicht darin besteht, dass wir nie fallen, sondern darin, dass wir jedes Mal wieder aufstehen.» Am Montag werde er aus dem Amt ausscheiden, sagte Spitzer, während seine Frau jeden seiner Sätze mit einem schweren Atemzug begleitete. Der 48-jährige Vater von drei jugendlichen Töchtern entschuldigte sich für sein Verhalten und sagte, er habe seine Verpflichtungen gegenüber seiner Familie verletzt.

Bush betet für Spitzer

Im Weissen Haus sagte Regierungssprecherin Dana Perino, Präsident George W. Bush betrachte die Angelegenheit als eine «traurige Sache». «Er hat Gouverneur Spitzer und seine Familie in seine Gedanken und Gebete aufgenommen», sagte Perino.

Kurdische Delegation besucht Schweiz

«Sind auf Türkei angewiesen»

Der Krieg im Nordirak belastet die Beziehung. Ein kurdischer Anwalt sagt, warum ein gutes Einvernehmen mit der Türkei wichtig ist – trotz schlimmen Erinnerungen.

INTERVIEW VON NOÉMIE SCHAFFROTH

Kürzlich ging die türkische Militäroffensive gegen kurdische Rebellen zu Ende. Was bedeutet das für die Beziehungen?

Falah Murad Khan*: Wir verurteilen das türkische Vorgehen, aber glücklicherweise hat die Offensive keine Menschenleben gekostet. Man darf diese Offensive auch nicht überbewerten.

Der irakische Staatspräsident Talabani – selber Kurde – will die Beziehungen zur Türkei verbessern. Goutieren die Kurden diese Haltung?

Khan: Der Wunsch nach Frieden ist gross. Natürlich gibt es einige Nationalisten, die einen eigenen Staat Kurdistan fordern. Die meisten nordirakischen Kurden wollen aber ein besseres Leben und sind nicht am militärischen Kampf gegen die Türkei interessiert. Ob

wir wollen oder nicht: Die Kurden sind auf die Türkei angewiesen.

Inwiefern?

Khan: Wenn man im Nordirak an einen kurdischen Markt geht, dann sind dort 75 Prozent der Produkte aus der Türkei. Wir sind auf das Land ökonomisch angewiesen. Insofern ist es wichtig, dass Talabani gute Beziehungen anstrebt.

Was bedeutet es für die türkischen Kurden, dass die Türkei in die EU will?

Khan: Das ist sehr positiv für uns. Bei einem Beitritt profitieren die Kurden von einer Verbesserung der Menschenrechte. Die EU würde gegebenenfalls darauf drängen, dass sich die Türkei weiter demokratisiert. Das könnte auch bedeuten, dass eine politische Autonomie der Kurden – wie es im Nordirak gibt – Auftrieb erhalten könnte.

Wie wichtig ist diese politische Autonomie für die nordirakischen Kurden?

Khan: Sehr wichtig. Die Eigenständigkeit bedeutet, dass wir unsere Sprache studieren können, eigene Medien haben

und selber über politische Belange entscheiden. Seit dem Regimewechsel im Irak müssen die Kurden zudem nicht mehr mit der ständigen Angst leben, einem Anschlag zum Opfer zu fallen.

Hat sich die Lage also verbessert?

Khan: Die Situation im Irak ist nach wie vor nicht stabil, täglich gibt es Gewalttaten und Explosionen. Im Norden des Landes, wo die Kurden leben, ist es etwas besser. Diese verbanden mit dem Sturz von Saddam Hussein und dem Einmarsch der US-Amerikaner grosse Hoffnungen.

«Die nordirakischen Kurden wollen ein besseres Leben. Sie sind nicht am Kampf interessiert.»

FALAH MURAD KHAN

Zurück zu Talabani. Er will, dass die kurdischen Rebellen ihre Waffen abgeben. Hat er den nötigen Einfluss dazu?

Khan: Ich glaube nicht. Talabani versucht seit den 90er-Jahren, die PKK (kurdische Untergrundorganisation, die einen eigenen Staat will, Anm. d. Red.) zu bekämpfen. Dies ist aber äusserst schwierig, da sich die PKK immer wieder ins unwegsame Hinterland zurückzieht. Zudem ist die Organisation gut ausgerüstet und verfügt über irakische Unterstützung. Die PKK anerkennt Talabani in keinster

EXPRESS

- In Halabja wurde 1988 ein Giftgasanschlag gegen die Kurden verübt.
- Die Autonomie im Nordirak sei wichtig für seine Landsleute, sagt Khan.

Weise als Staatspräsident – auch nicht als Kurde.

Was bedeutet der Giftgasanschlag vor 20 Jahren für die Kurden?

Khan: Es ist eine schreckliche Erinnerung für uns, viele verloren Familienmitglieder, Freunde und Nachbarn. Noch heute leiden viele unter den gesundheitlichen Folgen des Anschlags. Zudem wurde damals die ganze Stadt zerstört und bis heute nicht richtig wiederaufgebaut. Die Menschen kehren nur langsam wieder nach Halabja zurück.

HINWEIS

► * Falah Murad Khan ist Anwalt und arbeitet im Irak für eine Hilfsorganisation, die von der Caritas unterstützt wird. Zusammen mit zwei Kurdenvertretern war er diese Woche zu Gast in Luzern. ◀



Falah Murad Khan (vorne) weilt diese Woche mit einer kurdischen Delegation in Luzern.

BILD CHRIS ISELI

Vorwahlen in den USA

Durch Streitigkeiten riskieren Demokraten den Sieg

Nach dem Sieg Barack Obamas in Mississippi stehen nun sechs Wochen Wahlkampf an. Das birgt Gefahren.

Barack Obama hat mit den überwältigenden Siegen in Wyoming und Mississippi die Verluste an Delegierten vom «kleinen Super-Dienstag» nicht nur aufgeholt, sondern seinen Vorsprung auf dem Weg zur Nominierung weiter ausbauen können. Gestern gewann er den letzten Südstaat der Vorwahlssaison mit 61 Prozent der Stimmen. Weder hier noch zuvor in Wyoming gelang es Hillary Clinton, dagegenzuhalten

So sieht sich Hillary nun in der Defensive wegen der Äusserungen der früheren Vizepräsidentenskandidatin Geraldine Ferraros. Die enge Clinton-Verbündete meinte in einem Interview, Obama fände sich nicht in dieser



Position wieder, «wäre er ein weisser Mann oder eine farbige Frau». Ferraro's Behauptung, Obama sei als Schwarzer gegenüber der aus einer gutbürgerlichen weissen Republikanerfamilie stammen-

den Clinton in einer bevorzugten Position, löste einen Aufschrei der Empörung aus. Obama selbst nannte die Behauptung «rundum absurd».

Eigentlich ein grosser Vorsprung

Als herablassend wird in der Partei inzwischen auch das mehrfach suggerierte «Angebot» beider Clintons gewertet, der Spitzenreiter sei eine «unschlagbare Wahl» für die Position des Vizepräsidentenskandidaten. Obama erkannte die Finte und schloss die Nummer-zwei-Position aus. «Ich trete an, um Präsident zu werden», stellte der Kandidat klar. Zudem sei es widersprüchlich zu behaupten, er habe nicht genügend Erfahrung für das Präsidentenamt, sei aber optimal für ein Amt qualifiziert, das ihn nur einen Herzschlag weit vom Oval Office trenne.

Trotz Sieg muss er sich in Acht nehmen: Barack Obama.

KEYSTONE

WASHINGTON

Kleinflugzeug sorgt für Aufregung

In Washington hat gestern ein Flugzeug für Aufregung gesorgt, das in den gesperrten Luftraum über der Innenstadt eingedrungen ist. Mitarbeiter in Kongress-Gebäuden wurden aufgefordert, sich auf eine Evakuierung vorzubereiten. Der Pilot habe den Luftraum nach kurzer Zeit wieder verlassen und sei Richtung Nordwesten gelehrt worden, wo er nach der Landung befragt worden sei, erklärte ein Polizeisprecher.

Erinnerungen an 2001

Das Kapitol wurde nicht evakuiert, und die zunächst auf «Orange» erhöhte Warnstufe wurde wieder abgesenkt. Der Luftraum über der Metropole ist als Schutz vor Anschlägen wie den Attentaten am 11. September 2001 gesperrt. **ap**

Die Clinton-Strategie zielt darauf ab, den Eindruck zu erwecken, das Rennen sei irgendwie ausgeglichen. Tatsächlich liegt Obama unter den gewählten Delegierten zum Parteitag in Denver Ende August mit 158 Delegierten so gut wie uneinholbar vorn. Rechnet man die gesetzten Parteifunktionäre hinzu, die sich auf einen Kandidaten festgelegt haben, führt Obama mit 122 Delegierten. Ein grosser Vorsprung.

Parteileute machen sich Sorgen

Ohne Tricks und Kniffe – wie Neuwahlen in Florida und Michigan – hilft Clinton nicht einmal ein deutlicher Sieg in Pennsylvania am 22. April.

Ein Rennen, das ihr Team nun zu einer «Schicksalswahl» stilisiert. Nicht wenige in der Partei sorgen sich, dass die Entscheidung nach Pennsylvania nicht klarer sein werde als heute. Eine Schlammenschlacht zwischen Clinton und Obama in den kommenden sechs Wochen gefährdet nur die Chancen auf einen Wahlsieg im November.

THOMAS SPANG, WASHINGTON